



*Mit der BFI-Botschaft 2008 - 2011 wird Bildung als eine der Schwerpunktaufgaben des Bundes mit einer überdurchschnittlichen Wachstumsrate von 6 Prozent verankert. Auch wenn mit 6 Prozent ein erster Erfolg erzielt werden konnte, bleiben doch viele Risiken und Mängel bestehen. Die geplanten Aufwendungen müssen in den jährlichen Budgets noch definitiv durchgesetzt werden. Bei der Berufsbildung und bei den Fachhochschulen werden die gesetzlichen Vorgaben immer noch nicht erreicht und bei den Stipendien droht ab 2009 eine eigentliche Krise.*

Hans Widmer, Nationalrat SP, Luzern

Die «Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2008 - 2011» (BFI-Botschaft) ist primär ein Planungsinstrument. Bisher war von der Förderung von Bildung, Forschung und Technologie die Rede. Technologie wurde durch Innovation ersetzt, wodurch nicht zuletzt dem Umstand Rechnung getragen wurde, dass vermehrt auch nichttechnische Innovationen gefördert werden sollen. Zugleich werden auch noch einige Gesetzesanpassungen vorgenommen. Neu ist das Gesetz über die gemeinsame Steuerung des schweizerischen Bildungsraums durch Bund und Kantone, das der Umsetzung der neuen Bildungsverfassung dient. Abgesehen von dieser Mitwirkung bei der Steuerung des Bildungsraums fliessen keine Mittel des Bundes an die obligatorischen Schulen und an die Gymnasien.

### Finanzplanung im Bildungs- und Forschungsbereich

Mit der BFI-Botschaft werden vor allem Zahlungsrahmen beschlossen. Zahlungsrahmen sind letztlich nichts anderes als Planungsanweisungen an die Verwaltung, wie viel in den nächsten Jahren für einen bestimmten Bereich höchstens ausgegeben werden soll. Die Verwaltung geht bei der Budgetierung von diesen Zahlungsrahmen aus, aber das Parlament kann jedes Jahr andere Beträge beschliessen. Nur ein kleiner Teil der Mittel wird in der Form von Verpflichtungskrediten beschlossen. Ein Verpflichtungskredit erlaubt es der Verwaltung, bestimmte Beträge fest zuzusichern. Dies geschieht vor allem bei Investitionen, die sich über mehrere Jahre hinziehen. Die zugesagten Mittel werden irgendeinmal ausbezahlt. Wann das allerdings der Fall sein wird, entscheidet sich wiederum in den Budgetberatungen.

Dass dieser Budgetvorbehalt nicht nur theoretisch von Bedeutung ist, zeigte sich in der laufenden Periode. Für die

Jahre 2003 bis 2008 waren Mittel von 17'354 Millionen vorgesehen. Tatsächlich ausgegeben wurden 16'270 Millionen. Da sich die Kantone bei ihrer Finanzplanung an der BFI-Botschaft orientieren, bringen solche Kürzungen beim Bund die kantonalen Haushalte durcheinander. Sparübungen des Bundes lösen also die Finanzprobleme nicht, sondern sie verlagern sie nur auf die Ebene der Kantone.

### Guter Start

Obwohl sich eigentlich alle darüber einig sind, dass Bildung, Forschung und Innovation – insbesondere auch für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes – wichtig sind, fällt es immer wieder schwer, dafür die nötigen Gelder bereit zu stellen. Bei der BFI-Botschaft gelang es aber dank der Zusammenarbeit der BildungspolitikerInnen verschiedener Parteien, eine jährliche Wachstumsrate von 6 Prozent – berechnet auf den Ausgaben von 2007 – zu erreichen. Das steht zwar so erst im Entwurf des Bundesrates, aber dieser setzt sich erfahrungsgemäss im Parlament meist durch. Schwieriger wird es sein, die geplanten Ausgaben dann auch sicher durch

**Bildung, Forschung und Innovation 2008-2011**

Nachhaltige Sicherung und Steigerung der Qualität  
Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums

Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Leitlinien, Ziele und Fördermittel

Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun Svizra

Zahlungsrahmen im Vergleich (in Mio. Fr.)			
Ausgewählte Bereiche	BFT-Botschaft 2004-2007	BFI-Botschaft 2008-2011	Wachstum pro Jahr in %*
Berufsbildung	2'026	2'708,2	8,7
ETH-Bereich	7'830	8'234,5	3,7
Kant. Universitäten	2'786	2'811,9	4,6
Fachhochschulen	1'179	1'704,6	7,8
SNF	2'127	2'617,4**	7,5
KTI	463	532,0	7,3
Stipendien	397	187,6	0,3

\* Tatsächliche Ausgaben 2007 = 100 %  
 \*\* 2008-2011 zusätzlich 111 Millionen für Overhead-Kosten

die Budgetberatungen der nächsten vier Jahre zu steuern.

Bei den Steigerungsraten für einzelne zentrale Bereiche (siehe Kasten), fällt auf, dass der ETH-Bereich mit 3,7 und die kantonalen Universitäten mit 4,6 Prozent unter dem Schnitt von 6 Prozent liegen. Im Gegenzug erhalten aber die Institutionen der Forschungsförderung – der Schweizerische Nationalfonds (SNF) für die Grundlagenforschung und die KTI für die angewandte Forschung – mit Wachstumsraten von 7,5 und 7,3 Prozent wesentlich mehr Geld. Die Hochschulen erhalten also zusätzlich Geld durch eine wettbewerbsorientierte Forschungsförderung. Damit soll ein Anreiz für mehr Qualität gesetzt werden.

### Berufsbildung und Fachhochschulen: Gesetzliche Vorgaben nicht erfüllt

Problematisch bleibt die Situation bei der Berufsbildung und den Fachhochschulen. Gemäss den gesetzlichen Vorgaben sollte der Bund bei der Berufsbildung ein Viertel der öffentlichen Aufwendungen und bei den Fachhochschulen ein Viertel der Betriebs- und Investitionskosten übernehmen. Bei den Fachhochschulen wird die Situation dadurch verschärft, dass in den letzten Jahren viele Ausbildungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Kunst auf die Fachhochschulstufe gehoben wurden.

Bei der Berufsbildung bezahlte der Bund in den letzten Jahren ein Sechstel statt ein Viertel der öffentlichen Aufwendungen. In der kommenden BFI-Periode 2008-2011 wird das Ziel auch nicht erreicht werden. Für 2011 ist ein Bundesanteil von 22,7 Prozent geplant. Auch bei den Fachhochschulen wird die gesetzliche Vorgabe nicht erreicht. Die SP-Fraktion hat deshalb in der Frühjahrsession mit Vorstössen – die noch nicht behandelt sind – verlangt, dass der Bundesrat darlegt, wie er den gesetzlichen Zustand erreichen will.

### Crash bei den Stipendien?

Besonders düster sieht es bei den Stipendien aus. Anfangs der Neunzigerjahre leistete der Bund noch 115 Millionen Beiträge an die Stipendien der Kantone. Durch die Sparübungen der Neunzigerjahre sanken diese Beiträge um rund ein Drittel. Gemäss der BFI-Botschaft sollen sie bis 2009 auf 25 Millionen reduziert werden. Diese weitere Reduktion ist eine Folge der Abstimmung über den neuen Finanzausgleich und die Aufgabenverteilung (NFA-Vorlage). Gemäss der neuen Aufgabenverteilung zieht sich der Bund aus der Finanzierung der Stipendien für die Sekundarstufe II – die erste Stufe nach der obligatorischen Schule – zurück und reduziert zugleich seine Beteiligung an den Stipendien der Tertiärstufe.

Wenn die Kantone die neuen frei verfügbaren Finanzausgleichsbeiträge nicht auch für die Aufrechterhaltung und den Ausbau des Stipendiensystems einsetzen, drohen schwerwiegende Nachteile. Nachdem in den letzten Jahrzehnten die geschlechtsbezogene Chancengleichheit im Bildungswesen sehr stark reduziert werden konnte, ist die soziale Ungleichheit zum wichtigsten Faktor geworden. Gerade da spielen Stipendien aber eine wichtige Rolle. Dazu kommt, dass die Bologna-Reform einen Nebenerwerb zur Finanzierung des Studiums weitgehend verunmöglicht. Das setzt aber voraus, dass Studierende, deren Eltern nicht mit Reichtümern gesegnet sind, die Möglichkeit haben, Stipendien zu bekommen. Vermutlich resultieren bei voller Konzentration auf das Studium und damit kürzerer Studiendauer einer- und Verzicht auf Nebenerwerb und dafür besseren Stipendien andererseits unter dem Strich keine Mehrkosten oder sogar Einsparungen.

Bei der NFA-Vorlage wurde auch von bürgerlicher Seite gesagt, zwar ziehe sich der Bund aus der Finanzierung der Stipendien weitgehend zurück, aber er werde die kantonalen Stipendien durch Gesetz harmonisieren können. Nun wird argumentiert, wenn der Bund einen so kleinen Anteil bezahle, dürfe er den Kantonen keine Vorschriften machen. Diese sollten die Harmonisierung durch ein Konkordat erreichen. Dabei pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass ein Konkordat kaum Chancen hat. Hier wird es zu einer harten Auseinandersetzung kommen: Entweder werden die Bundesbeiträge erhöht oder es findet eine materielle Harmonisierung durch Bundesgesetz statt. □



Heft 86 vom Mai 1994: Illustration zum Themenschwerpunkt «Ausweg aus der Finanzklemme und mehr persönliche Freiheit: Privatisierung der Schule?», eine Auseinandersetzung mit neoliberalen Ideologien im Schulbereich.